

rundbrief



Schwerpunkt
Energiewende vs. Umwelt-/
Denkmal-/Heimatschutz

Editorial

Differenzieren

In Umfragen wird den Grünen eine besondere Glaubwürdigkeit in ökologischen Fragen attestiert. Das erstaunt nicht, denn Parteien wie das Grüne Bündnis gingen nicht zuletzt aus der Umweltbewegung hervor und thematisierten Aspekte des Umweltschutzes seit ihren Anfängen. Von aussen werden mitunter alle verwandten Schutzbestrebungen wie Naturschutz, Heimatschutz, Denkmalschutz über einen Leisten geschlagen und mit den Grünen gleichgesetzt. Dazu gesellen sich Vorwürfe wie jener, die Grünen seien zwar gegen Atomkraftwerke, bekämpften aber gleichzeitig die Ausnutzung der Wasserkraft, mehr Windturbinen oder Sonnenkollektoren auf den Dächern.

Das ist undifferenziert und trifft nicht zu. Zunächst ist festzuhalten, dass Naturschutz- und Umweltverbände und die Grünen als Partei nicht identisch sind und unterschiedliche Ziele verfolgen. Ihre Stellungnahmen fallen darum auch manchmal verschieden aus. Selbstverständlich kollidieren Schutzinteressen gelegentlich mit politischen Zielen. Insgesamt profitieren die Grünen wie die ganze Gesellschaft aber enorm von den spezialisierten Organisationen, deren Experten sich an der Suche nach optimalen Lösungen beteiligen. In diesem Rundbrief stellen wir aktuelle Heraus-

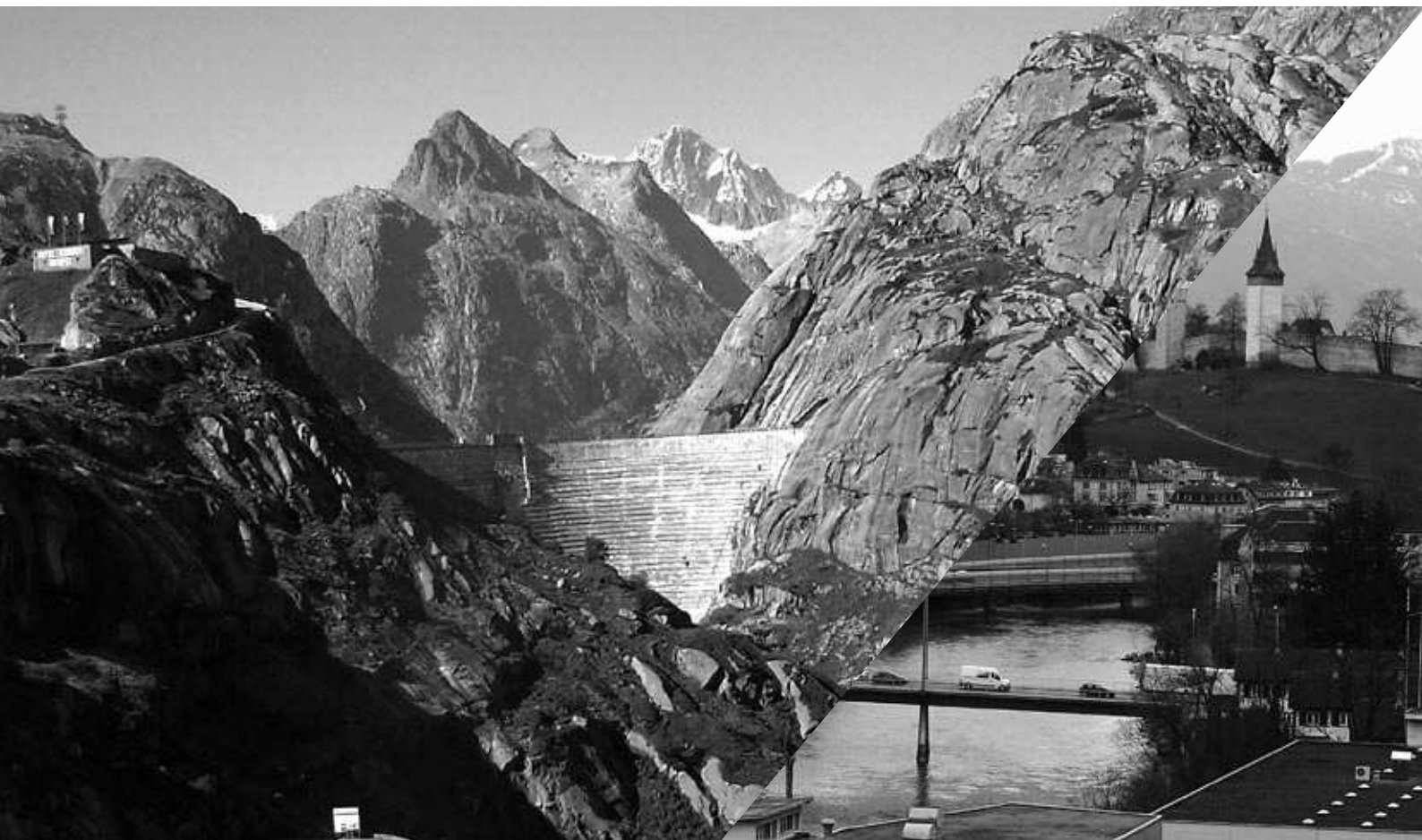
forderungen für den Denkmalschutz, den Heimatschutz und den Landschaftsschutz vor.

Die Grünen in Stadt und Kanton Luzern setzen sich seit Jahren dafür ein, dass die Zentral- und Hochschulbibliothek saniert wird. Mit seinem Umfeld bildet der Bau des Architekten Otto Dreyer ein städtebauliches Ensemble. Zudem ist das Vögeli-gärtli einer der schönsten Plätze im Stadtzentrum, die grüne Lunge in Gehdistanz zum Bahnhof. Mit einem deutlichen Ja zur Initiative für die Rettung der ZHB Luzern, die die städtischen Grünen in kurzer Zeit gesammelt hatten, werden die Stimmberechtigten der Stadt Luzern im September den Weg ebnen, damit die ZHB erhalten bleibt.

Wir wünschen eine gute Lektüre und danken für eure Unterstützung.



Raffael Fischer
Co-Präsident Grüne Luzern
Willisau



Energie und Umwelt aus Sicht des WWF

Energiewende und Naturschutz sind vereinbar

Die Umweltverbände werden zuweilen als Verhinderer der Energiewende dargestellt. Sie würden durch zu hohe Anforderungen des Natur- und Artenschutzes dringend erforderliche Windräder und Wasserkraftwerke blockieren.

Der WWF ist klar der Meinung, dass eine Energiewende machbar ist, ohne den letzten Bach trocken zu legen, Grünflächen mit Solaranlagen zu überbauen oder Windräder im Naturschutzgebiet aufzustellen. Wie das gehen soll? Indem wir jetzt die richtigen Prioritäten – nämlich Energieeffizienz – setzen und die verschiedenen Produktionsarten gezielt einsetzen. So kann die Stromwende bereits in den nächsten 20 Jahren vollständig gelingen.

Unser Strommix 2035

■ Energieeffizienz

Rund ein Drittel des produzierten Stroms geht ohne Nutzen verloren. Das heisst, dass wir schon heute mit Effizienzmassnahmen einen grossen Teil des Stromverbrauchs einsparen könnten. Unser Stromverbrauch wird sich bis 2035 also stabilisieren oder leicht sinken trotz Bevölkerungswachstum und Zunahme von Elektromobilität und Wärmepumpen. Mit einem suffizienteren, bewussten Lebensstil können wir noch mehr Energie einsparen.

■ Solarstrom Anteil 2035: 25 %

Solarstrom hat in der Schweiz ein riesiges Potenzial. Rund ein Viertel des Schweizer Strombedarfs kann durch Solarstrom gedeckt werden – und zwar bereits in 20 Jahren. Dazu ist es nicht nötig Solaranlagen auf grünen Wiesen zu erstellen. Mit Hausdächern, Industriebauten, überdachten Parkplätzen, Lärmschutzwänden etc. sind genügend geeignete Flächen vorhanden.

■ Wasserkraft Anteil 2035: 56 %

Die Wasserkraft bildet auch 2035 die Basis unserer Stromproduktion. Bereits heute stammen rund 55% des Schweizer Stroms aus Wasserkraft. Allerdings ist das Potenzial weitgehend ausgeschöpft. Es macht wenig Sinn, das letzte Bächlein für ein paar zusätzliche Kilowattstunden trocken zu legen. Eine minimale Steigerung auf 56% ist naturverträglich machbar.

■ Windkraft Anteil 2035: 2,5 %

Einzelne Standorte in der Schweiz weisen sehr gute Windverhältnisse auf. Andererseits können Windkraftanlagen bestimmte Vogel- und Fledermausarten stark gefährden. Konflikte lassen sich mit umsichtiger Planung und dem Einbezug aller Akteure minimieren. Die Windkraft übernimmt damit nicht die Schlüsselrolle der zukünftigen Stromproduktion, wird aber immerhin 2 bis 3% liefern – Natur- und Artenschutz inklusive.

■ Biomasse Anteil 2035: 13 %

Grünabfälle, Gülle und Mist speichern Sonnenenergie in chemischer Form. Diese lässt sich einfach in Biogas umwandeln, das wiederum durch Blockheizkraftwerke Wärme und Strom liefert. Strom aus Biomasse ist klimaschonend und soll in Zukunft 13% des Strommixes ausmachen.

■ Geothermie Anteil 2035: 3,5 %

Geothermie ist eine Chance. Die junge Technologie muss jetzt an konkreten Projekten weiterentwickelt werden, damit wir für 2035 mit einer Stromproduktion von 3,5% rechnen dürfen. Der Eingriff in die Natur ist gering.

Gibt zusammen 100 %

Wir brauchen die ganze Palette von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien, müssen aber nicht alle Erneuerbaren bis zum Maximum ausbauen. Eine Stromzukunft ohne fossile Energien und mit Natur- und Artenschutz ist möglich.



Esther Hegglin
WWF Zentralschweiz
Projektleiterin Klima +
Energie



Denkmal- und Heimatschutz

Kein Gegensatz zur Energiewende

Die Katastrophe von Fukushima zeigt Auswirkungen in der Schweiz. Der Bundesrat sprach sich für den Atomausstieg und die Förderung erneuerbarer Energien aus, was von den Verantwortlichen des Heimatschutzes und der Denkmalpflege ausdrücklich begrüsst wird. Verbunden mit der geplanten Energiewende steigt jedoch auch der Druck auf unsere Baudenkmäler.

Aktuell ist der Denkmal- und Heimatschutz massivem Druck ausgesetzt: Erstens wird der Geldhahn zugedreht. So werden im kürzlich präsentierten Entwurf der eidgenössischen Kulturbotschaft 2016–2019 die früheren Kürzungen um fünf Millionen Franken fortgeschrieben. Im Kanton Luzern wurde das Budget der Denkmalpflege mit dem Sparkpaket 2011 um 20 Prozent oder 1.2 Millionen Franken gekürzt.

Zweitens trat am 1. Mai 2014 mit dem revidierten Raumplanungsgesetz (RPG) Artikel 18a in Kraft. Dieser definiert, dass in Bau- und in Landwirtschaftszonen auf Dächern genügend angepasste Solaranlagen keiner Baubewilligung mehr bedürfen. Einschränkend bedürfen Solaranlagen auf Kultur- und Naturdenkmälern von kantonaler oder nationaler Bedeutung wohl einer Baubewilligung und dürfen solche Denkmäler nicht wesentlich beeinträchtigen. Ansonsten gehen jedoch die Interessen an der Nutzung der Solarenergie auf bestehenden oder neuen Bauten den ästhetischen Anliegen grundsätzlich vor.

Drittens werden Grossprojekte aufgelegt, die im Konflikt zum Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) und dem Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung stehen (ISOS). Aktuell werden auf dem Bürgenstock rund 500 Millionen Franken verbaut, die historischen Hotels sind nicht mehr wiederzuerkennen. Und last but not least: mit der Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (Parlamentarische Initiative Ständerat Eder ZG) soll auch der Stellenwert der beiden Kommissionen für Natur- und Heimatschutz sowie für Denkmalschutz (EKD) massiv eingeschränkt werden.

Dazu ein Blick auf die Statistik: Von 2007 bis 2012 begutachtete die EKD insgesamt 100 Projekte, davon waren lediglich drei energierelevant. Konkret ging es bei Kraftwerken um Fragen der Restwassermengen, wie auch um den Schutz eines Wehrs.

Pflicht für Solaranlagen bei Neubauten

Aus Sicht des Schweizer Heimatschutzes und der Denkmalpflege ist die Aufweichung des Schutzes unserer Ortsbilder, Baudenkmäler und schützenswerten Landschaften für die Energiewende in keiner Art und Weise relevant. Der Gesamtgebäudebestand in der Schweiz beträgt 1,8 Millionen Gebäude. Davon sind etwa fünf Prozent, das heisst maximal 90 000 Gebäude, als Denkmal geschützt. Weitere rund zehn Prozent stehen in einem Kontext von denkmalpflegerischem Interesse (Ortsbilder, Ensembles, usw.). Im Kanton Luzern ist

Denkmalpflege

Die Denkmalpflege ist eine kantonale Fachstelle mit einem Gesetzesauftrag, unser baukulturelles Erbe zu erhalten, zu schützen und zu pflegen. Der Kern ihrer Tätigkeit ist die Beratung vom Beginn einer Planung bis zu den Einzelheiten ihrer Ausführung. Dabei stellt die Kantonale Denkmalpflege ihr Wissen und ihre breite Erfahrung im Umgang mit historischen Bauten den Eigentümerinnen und Eigentümern, Planungs- und Baufachleuten und Gemeinden zur Verfügung.

Im Kanton Luzern wird die Denkmalpflege seit 2010 von Cony Grünenfelder geleitet. Sie engagierte sich während Jahren für die Grünen im Grossen Stadtrat.

Heimatschutz

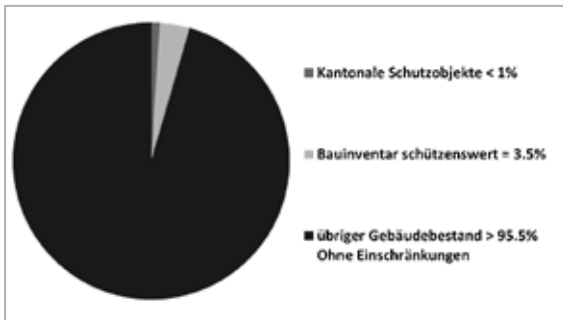
Der Schweizer Heimatschutz ist die führende Schweizer Non-Profit-Organisation im Bereich

Baukultur. Der Verein mit 27'000 Mitgliedern und Gönnern besteht seit 1905 als Dachorganisation von 25 kantonalen Sektionen. Er setzt sich dafür ein, dass Baudenkmäler aus verschiedenen Epochen vor dem Abbruch bewahrt werden und weiterleben. Zudem fördert er zeitgemässe, gute Architektur bei Neubauten.

Jährlich wird eine Gemeinde mit dem Wakkerpreis für vorbildlichen Leistungen in der Siedlungsentwicklung und mit dem Schulthess Gartenpreis eine aussergewöhnliche Arbeit auf dem Gebiet der Gartenkultur ausgezeichnet. Mit dem Verkauf des Schoggitalers werden wegweisende Projekte in Heimat- und Naturschutz unterstützt.

Im Heimatschutzzentrum in der Villa Patumbah in Zürich kann Baukultur hautnah erlebt werden. Und mit der Stiftung Ferien im Baudenkmal werden Ferienwohnungen in ausgesuchten historischen Bauten in der ganzen Schweiz angeboten.

lediglich 1% des Gebäudebestandes geschützt und weitere 3.5% sind im Bauinventar als schützenswert eingestuft.



Die Energiewende muss dem Prinzip folgen, dass mit möglichst wenigen Eingriffen der höchstmögliche Nutzen erzielt wird. Wenn dieser Grundsatz umgesetzt werden soll, sind Solaranlagen auf Neubauten verbindlich zu realisieren, denn bei Neubauprojekten kann der höchstmögliche Nutzen mit einem verhältnismässig geringen und auch praktikablen Aufwand realisiert werden. Weshalb sollen denn die 90 000 denkmalgeschützten Objekte belastet werden? Sie sind aufgrund der oft verwinkelten Dachflächen unter dem Aspekt der Effizienz und der Effektivität nicht relevant. Altstädte sind zudem oftmals bezüglich Energieeffizienz sogar attraktiver als Siedlungen mit neuem Energiestandard. Der Heizwärmebedarf beträgt in einer typischen Schweizer Altstadt 173 MJ/m² pro Jahr. In Siedlungen mit Energiestandard aus dem Jahr 2009 sind es dagegen 249 MJ/m² pro Jahr.

Heute beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion rund 56 Prozent (54 Prozent Wasserkraft, 2 Prozent andere erneuerbare Energien). Der Anteil Solarstrom machte im Jahr 2010 bloss 0,1 Prozent des gesamten Stromverbrauchs aus. Mit den Energieperspektiven 2050 definiert der Bundesrat den Anteil Strom aus der

Photovoltaik auf 20 Prozent. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es nach dem Branchenverband Swissolar nur die Hälfte der knapp 200 Quadratkilometer zur Verfügung stehenden Dachflächen. Es ist also für das bundesrätliche Ziel völlig unnötig, die geschützten Baudenkmäler mit Solaranlagen zu verunstalten. Den Kantonen und Gemeinden sei jedoch ans Herzen gelegt, Zonen mit Bewilligungspflicht für Solaranlagen zu definieren.

Kulturgut vor fahrlässigen Eingriffen schützen

Die Schweiz verfügt über eine enorm vielfältige Kulturgeschichte sowie eine reichhaltige Baukultur mit Baudenkmalern unterschiedlichster Art. Diese Baudenkmäler sind heute ein wesentlicher Teil unserer Identität und unseres Verständnisses von Heimat. Wo finden wir uns wieder, wo entsteht Vertrauen, wo entsteht Heimat? Das baukulturelle Erbe hat eine wesentliche Funktion für den Zusammenhalt der föderalen Schweiz in einer globalisierten Welt. Diese Bedeutung nimmt zu – namentlich aufgrund der rasanten Bautätigkeit und auch im Kontext der anstehenden Energieperspektiven.

Der Schweizer Heimatschutz wird deshalb einen allfälligen Abbau im Rahmen der Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes mit einem breiten Bündnis bekämpfen. Dazu gehört die Archäologie Schweiz, die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte GSK, die nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung NIKE und weitere.



*Adrian Schmid**
Geschäftsleiter des
Schweizer Heimatschutzes
Luzern

* Der langjährige Vizepräsident der Grünen wirkte von 1983 bis 2000 im Parlament der Stadt Luzern.



Denkmalschutz im Kantonsrat

Oft vorgeschobene Gründe

Ein «gutes» Beispiel für den Umgang mit der Denkmalpflege im Kantonsrat ist die Zentralbibliothek. Die Bürgerlichen wettern gegen die Unmöglichkeit, diesen Bau energetisch gut und gleichzeitig kostengünstig sanieren zu können. Dabei zeigt gerade dieses Beispiel, dass dies mit einer guten Planung möglich ist.

Die Sanierung der Zentralbibliothek kam aus verschiedenen Gründen im Kantonsrat unter Beschuss. Ein Argument hörte man regelmässig – gerne wurde von bürgerlicher Seite vorgebracht, man könne diesen alten Bau nicht mit einem vernünftigen Aufwand energetisch sanieren. Dabei wird auf die Unvereinbarkeit zwischen dem Schutz alter Gebäude und den energetischen Anforderungen verwiesen. Insbesondere FDP-Vertreter sprachen sich aus Energiespargründen für einen Neubau aus. Dabei eignet sich gerade die Zentralbibliothek denkbar schlecht als Beispiel für unüberbrückbare Konflikte zwischen Denkmalschutz und Umweltschutz. Und auch nicht als Konflikt zwischen Denkmalschutz und kostenbewusstem Budgetieren.

Der Wert des Baus wurde zu keiner Zeit von Verwaltungsseite bezweifelt und der Sanierungsbedarf klar unterstrichen. Das Sanierungsprojekt sollte

verschiedene Ziele erreichen: Der Bau sollte erhalten bleiben, die Sanierung aber die energetischen Vorgaben einhalten. Dies bedeutet bei Sanierungen gemäss kantonalem Energiekonzept die Einhaltung des Minergiestandards. Abstriche gabs auf Seiten des Denkmalschutzes, weil die Tragstruktur des Magazintraktes geändert werden muss – man hat den Kompromiss gesucht und gefunden.

Das Beispiel zeigt, dass bei einer sorgfältigen Planung, bei einem rechtzeitigen Einbezug der verschiedenen Interessen gute Lösungen möglich sind und es sich lohnt, zweimal hinzuschauen, wenn mit Bezug auf Energieeinsparungen oder Umweltschutzgründe ein älterer Bau weichen soll.



*Michael Töngi
Kantonsrat Grüne
Kriens*



**Parkettarbeiten
Malerarbeiten
Naturfarben**

Luzernerstrasse 33c
CH-6010 Kriens
Telefon 079 650 79 42
www.patricksteiner.ch

 **patrick
STEINER**



Die Idee von Ihnen
Das Holz aus der Region
Die Qualität vom Schreiner

Stefan Suhner, Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8, 6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch

Persönlicher Brief von Alain Greter

ZHB Abstimmung vom 28. September

Liebe Leserin, lieber Leser

Mitte Juni 2013, als wir Grüne Stadt Luzern die Initiative für die Rettung der Zentral- und Hochschulbibliothek (ZHB Luzern) lancierten, war ich etwas skeptisch. Nicht in Bezug auf das Sammeln: Anfang September 2013 konnten wir die Initiative mit über 1100 Unterschriften einreichen.

Von Anfang an machte ich mir vielmehr bezüglich Abstimmungskampagne Sorgen. Erst mit ihr würde die Hauptlast auf uns zukommen. Gleichzeitig mit der Lancierung nahmen wir nämlich die Pflicht auf uns, die Initiative auch erfolgreich durchzubringen. Für diesen Erfolg mussten jedoch alle Befürworter der Sanierung zusammengebracht werden.

Inzwischen ist uns dies gut gelungen. Eine erste sehr wichtige Hürde haben wir bereits genommen. Der Stadtrat empfiehlt die Initiative anzunehmen, und der Grosse Stadtrat hat ihr mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Auf die Abstimmung hin haben wir sehr früh ein breit abgestütztes überparteiliches Komitee gebildet. Im Co-Präsidium bilden wir Grüne eine verschwindend kleine Minderheit. Eine Minderheit, die ausnahmsweise einmal Freude bereitet. Zudem zeigen wir damit, dass die Sache klar im Vordergrund steht. Ziel ist ein massiver Ja-Stimmenanteil, der zwei wichtige Zwecke verfolgt: Erstens soll ein parlamentarischer Fehlentscheid auf Kantonsebene mit demokratischen Mitteln korrigiert werden: Wir wollen die Sanierung! Zweitens soll der Entscheid einen Beschleunigungseffekt haben: Wir wollen die Sanierung so bald als möglich!

Ein Abbruch der ZHB steht nicht zur Diskussion. Dazu braucht es aber keinen langwierigen Gang bis vor Bundesgericht, den zumindest ein Fachverband von Anfang an angekündigt hat. Denn die Schutzwürdigkeit der ZHB steht ausser Frage.

Eine kleine 2007 publizierte Broschüre des Schweizer Heimatschutzes stellt die schönsten Bauten der 50er-Jahre vor. Zu diesen zählt auch die ZHB. «Fein gegliedert, zurückhaltend ornamentiert und repräsentativ – so ist der Architekturstil, der nach der Landi 1939 bei öffentlichen Bauten Verbreitung fand. In diesem Stil zeigt sich auch die be-



scheiden und trotzdem selbstbewusst ins Quartier eingefügte Zentralbibliothek, das wichtigste Werk des Architekten Otto Dreyer (1897–1972).»* Und der letzte Satz heisst: «Das Gebäude wird in den nächsten Jahren saniert und das Büchermagazin umgenutzt.» Das wollen wir schwer hoffen, wenn auch einige Jahre später als ursprünglich geplant.

Die ZHB ist mir eine Herzensangelegenheit. Jene, die mir in letzter Zeit über den Weg gelaufen sind, wissen es bereits. Von der Architektin über den früheren Regierungsrat und die Politikerin bis zum ZHB-Nutzer: ich spreche alle darauf an. Engagiert euch! Werdet Mitglied beim Komitee und meldet euch für das Namensinserat an.

Liebe Stadtluzerinnen und Stadtluzerner, macht am 28. September von eurem Abstimmungsrecht Gebrauch und ruft eure Bekannten und Freunde auf, ein Ja für die Rettung der ZHB in die Urne resp. in den Briefkasten zu legen. Wir wollen die Sanierung, und wir wollen das Vögelgärtli so erhalten, wie es ist: Damit die Bäume gross bleiben und der Himmel weit – und dies mitten in der Stadt.

Mit herzlichem Dank
und ebensolchem Gruss



Alain Greter
Vorstandsmitglied Grüne Stadt Luzern
Luzern

* Egly, Peter: Die schönsten Bauten der 50er-Jahre. Schweizer Architektur im Jahrzehnt des Aufschwungs.
Zürich: Schweizer Heimatschutz 2007, S. 44.

Initiative zur Rettung der ZHB Luzern (Zentral- und Hochschulbibliothek)

Parole:

JA

Volksinitiative

Nein zur Gastro-Initiative

Die Volksinitiative von Gastrosuisse «Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!» will gastgewerbliche Leistungen in Restaurants gleich besteuern wie Nahrungsmittel. Die Massnahme zielt auf Take-aways, die von diesem tieferen Steuersatz profitieren, und würde 700 bis 750 Mio. Franken kosten. Die Initiative ist deshalb abzulehnen.

Den traditionellen Restaurants ist starke Konkurrenz erwachsen. Die Ernährungssituation ist heute eine andere als vor zwanzig Jahren. Viele Menschen müssen sich auswärts verpflegen. Zahlreiche Take-away-Betriebe tragen dieser Situation mit neuen Angeboten Rechnung. Ihre Angebote unterscheiden sich kaum vom Angebot des Gastgewerbes, sie bieten heute gastgewerbeähnliche Produkte an. Die Besteuerung ist jedoch erheblich tiefer.

Auf Leistungen der traditionellen Gastronomie sind 8 % Mehrwertsteuer zu zahlen, auf jene von Take-aways aber nur 2,5 %. Dieser MwSt-Satz entspricht jenem von Grundnahrungsmitteln. Der Verband der Wirte, Gastrosuisse, verlangt mit seiner Volksinitiative «Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!», dass gastgewerbliche Leistungen gleich zu besteuern sind wie Nahrungsmittel, mit Ausnahme von alkoholischen Getränken. Er will so gegen die vor allem am Mittag bestehenden ungleichen Wettbewerbsverhältnisse angehen.

Unmögliche Haltung der Initianten

Das Grundanliegen der Initiative ist verständlich. Auf Antrag der Grünen versuchte die vorberatende Kommission, einen indirekten Gegenvorschlag mit einer Angleichung der Take-away-Besteuerung auf das Niveau des Normalsatzes von 8 % zu erreichen. Der Antrag hätte die Probleme gegenüber dem Ist-Zustand klar vermindert und laut Schätzungen der Steuerverwaltung einen Mehrertrag von etwa 60 Mio. Fr. eingebracht.

Die Lösung hatte zuerst Erfolg, auch weil die Kommission in diesem Fall mit dem Rückzug der Initiative rechnen durfte. Doch das Echo in der Vernehmlassung war durchzogen. Vor allem aber lehnte Gastrosuisse nun plötzlich den indirekten Gegenvorschlag ab. Ja, der Verband lancierte zu seiner eigenen Initiative sogar noch einen direkten Gegenvorschlag. Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Initiativrechts. Wann machten Initianten je einen Gegenvorschlag zu ihrer eigenen Volksinitiative?!

Suche nach dem Ausweg vergeblich

Die vorberatenden Kommissionen von Stände- und Nationalrat prüften weitere Varianten zur Lösung

des Problems. Ohne Erfolg. Sie wurden alle verworfen, weil sie neue Abgrenzungsprobleme mit sich gebracht hätten. Einem MwSt-Einheitssatz wie einem Zweisatzmodell hatte das Parlament zuvor schon klare Absagen erteilt. Der Einheitssatz wurde aus sozialpolitischen Gründen abgelehnt, Brot soll wie alle Grundnahrungsmittel nicht gleich hoch besteuert werden wie eine Rolex-Uhr.

Erwogen wurde auch ein Zweisatzmodell mit einer Angleichung der Steuersätze für Restaurants nach unten auf das Niveau von Take-aways. Das aber würde die öffentliche Hand 700 bis 750 Mio. Franken kosten. Das kam weder für den Bundesrat noch die Mehrheit des Parlaments noch für die Grüne Fraktion in Frage.

Status quo besser als Initiative

Schliesslich könnte man die Ausfälle durch eine Erhöhung des unteren MwSt-Satzes von 2,5 auf 3,8 Prozent kompensieren. Doch auch hier sprechen sozialpolitische Gründe klar dagegen: Es geht nicht an, durch eine Verteuerung der Grundnahrungsmittel alle, auch die Luxus-Essen in Restaurants zu vergünstigen. So bleibt zum Schluss nur eine Lösung: der Status quo. Die Initiative verdient ein Nein.



*Louis Schelbert
Nationalrat
Luzern*

Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»

Parole:

NEIN

Abstimmung zur Öffentlichen Krankenkasse

Für eine Einheitskrankenkasse

Wir haben in der Schweiz ein gutes Gesundheitssystem. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Momentan bestehen aber verschiedene falsche Anreizsysteme, welche längerfristig zu einer Bankrotterklärung des gesamten Gesundheitssystems führen werden.

Zum Beispiel die Grundversicherung der Krankenkassen. Sie deckt bei allen Schweizerinnen und Schweizern die gleichen Leistungen ab. Dennoch liefern sich über 60 verschiedene Kassen mit 300'000 verschiedenen Versicherungsprodukten und stark unterschiedlichen Preisen einen erbitterten Kampf um die «guten Risiken» – die jungen gesunden Versicherungsnehmer. Die bestehenden Prämienunterschiede beruhen einerseits auf regionalen Unterschieden, oftmals aber darauf, dass Versicherungen die «schlechten Risiken» wie ältere Versicherte oder chronisch kranke Menschen ablehnen bzw. sich von ihnen zu trennen versuchen. Durch die aggressiven Abwerbeanrufe der Versicherungsanstalten fühlten sich viele belästigt und etliche, vor allem ältere Menschen, auch verunsichert. Diese Anrufe verursachen jährlich grosse Administrativkosten. Das alles zusätzlich zu den grossen Werbekampagnen der Versicherungen, welche Prämienfelder verschlingen. Grundsätzlich ist gesetzlich geregelt, dass jede Versicherung jede und jeden in die Grundversicherung aufnehmen muss. Somit wird ein Wettbewerb vorgegaukelt, welcher in der Realität gar nicht besteht. Das jährliche Abwerben der «guten Risiken» kostet viel, was schlussendlich die Versicherten über ihre Prämien mitfinanzieren. Dieses System muss ein Ende haben.

Die Grundversicherung soll zukünftig analog der AHV oder der SUVA durch eine Einheitskasse angeboten werden. Weiterhin sind kantonal unter-

schiedliche Tarife, das Hausarztmodell, Franchise-Rabatte und spezielle Kinderprämien im Angebot enthalten.

Mit der Einheitskasse kann vor allem die Prävention und die Betreuung der chronisch kranken Menschen viel besser gefördert werden. Das Interesse der Einheitskasse ist sehr gross, diese Patientinnen und Patienten aktiv zu begleiten und zu beraten, damit das Wohlergehen dieser Menschen besonders gut ist und vor allem auch durch Erfahrungsaustausch und gezieltes Coaching die Gesundheitskosten tief gehalten werden können. Hier besteht ein grosses Sparpotenzial. Zudem können durch eine Einheitskasse die Abwicklung der Verträge mit den Arztpraxen und Spitälern vereinfacht und die Marketingkosten stark reduziert werden.

Die Einheitskrankenkasse ist eine wichtige Massnahme gegen eine zunehmende Kostenexplosion im Gesundheitswesen und für eine Fokussierung auf die Behandlungsqualität. Dies vor allem damit die Gesundheit der Versicherten wieder ins Zentrum rückt. Deshalb empfehlen wir, am 28. September JA zur Einheitskrankenkasse zu stimmen.



Yvonne Zemp Baumgartner
Kantonsrätin
SP Sursee

Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Parole:

JA

Warum weite Wege gehen?

Digital- und Offsetdruck
an der Neustadtstrasse 26

g e g e n d r u c k _ G m b H

info@gegendruck.ch _t 041 360 82 70



Initiative der Grünen Luzern

Ergänzungsleistungen für Familien

Wir Grünen des Kantons Luzern haben die Volksinitiative «Kinder fördern, Eltern stützen» im Herbst 2013 eingereicht, weil wir überzeugt sind, dass finanzielle Sicherheit für Familien enorm wichtig ist. Wir fordern die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien, damit diese für sich selber aufkommen können. Die Ergänzungsleistungen sollen die Mittel dieser Familien auf ein Niveau heben, das die Armutsgrenze überschreitet. Die Initiative wurde als allgemeine Anregung eingereicht. Es liegt am Regierungsrat, einen konkreten Vorschlag auszuarbeiten. Wir gehen davon aus, dass die neue Form der Familienunterstützung ungefähr je zur Hälfte vom Kanton und den Gemeinden getragen werden soll und v.a. Familien mit Kleinkindern zugute kommt.



Armut in der Schweiz?

Die versteckte Armut in der Schweiz wird oft kaum wahrgenommen. Trotzdem ist sie sehr real, gerade bei Familien mit mehreren Kindern und bei Alleinerziehenden. Über 50 Prozent der monetären Armen sind Familien. Kinder zu haben ist heute ein Armutsrisiko. In der reichen Schweiz sind schätzungsweise 250'000 Kinder davon betroffen. Im Kanton Luzern erhielten im Jahr 2011 Erziehungsberechtigte von 2500 Kindern Sozialhilfe.

Armut bedeutet auch soziale Ausgrenzung und Isolation. Als Folge davon werden die Kinder oft unterbetreut. Dadurch verringern sich ihre Entwicklungschancen, was später zu einer geringeren Integration in die Berufs- und Lebenswelt führen kann. Die sozialen und ökonomischen Folgen sind hoch, für die direkt Betroffenen aber auch für die Gesellschaft als Ganzes.

Bewährtes System

Bereits 1966 wurden zur Bekämpfung der Altersarmut die Ergänzungsleistungen (EL) auf Bundes-

ebene eingeführt. Damit erhielten AHV-Bezüger/innen einen Rechtsanspruch auf die Deckung des Existenzbedarfs. Dieses Instrument hat sich bewährt. Allen AHV-Bezügerinnen ist durch die EL ein bescheidener Lebensbedarf gesichert. Ganz anders bei den Familien: da gibt es leider noch keine solche bundesrechtliche Regelung.

Wir fordern die Einführung von EL für Familien auf kantonaler Ebene, weil bisher alle entsprechenden Versuche auf Bundesebene gescheitert sind, und weil andere Kantone (TI, VD, GE und SO) dieses Instrument bereits mit Erfolg eingeführt haben. Für den Kanton Luzern wäre die Einführung einer EL für Familien ein wichtiger Schritt in der Sozialpolitik. Bisher war der Kanton vor allem darauf bedacht, seine Attraktivität für Unternehmer und für Vermögende zu steigern, dies zum Teil auch auf Kosten der Familien.

Wer gewinnt?

Mit der EL für Familien gibt es viele Gewinner: die Familien, die mit ihrem Einkommen und den EL ihren Lebensunterhalt selber bestreiten können, die Kinder, deren Grundbedürfnisse selbstverständlich in der Familie gedeckt werden können, die Gemeinden, die von Sozialhilfekosten entlastet würden, und der Kanton, der sozialpolitisch in der Innerschweiz eine gute Position einnehmen könnte.



Katharina Hubacher
Grossstadtratin
Luzern

Die Jungen Grünen Kanton Luzern feiern ihren Geburtstag

10 Jahre im Kampf für einen progressiven Kanton

Das ist unglaublich wenig, wenn man bedenkt, was wir in dieser Dekade alles bewegt haben. Wir haben neue politische Impulse gesetzt, erfolgreich Wahlkämpfe bestritten, wie wild gesammelt, provoziert mit Aktionen, hoffnungslose und hoffnungsvolle Abstimmungskampagnen geführt. Es ist dem Co-Präsidium und dem Vorstand eine besondere Ehre, diese engagierte Truppe in das 11. Lebensjahr zu begleiten. Das feiern wir am 27. September mit einem Fest im Wäsmeli Treff gemeinsam mit euch!

«Toll, dass du dich in der Politik freiwillig einsetzt, leider sind die meisten Jungen nicht so engagiert!» Das hören wir oft auf der Strasse. Tatsächlich haben sich viele unserer Altersgenossinnen und Altersgenossen aus der Zivilgesellschaft abgemeldet. Das schmerzt sehr, wenn man die zahlreichen Probleme für unsere Generation sieht. Gerade deshalb kann man den Einsatz unserer Mitglieder kaum hoch genug werten.

Türöffner und Wegbereiter Jungpolitik

Den Kampf für einen grüneren, solidarischeren Kanton Luzern ist deshalb nur ein Aspekt unseres Engagements. Gerade so wichtig sind die Rahmenbedingungen, welche wir den Jungen «bleeding hearts» bieten. Nirgends ist es so unkompliziert sich einzubringen und mitzuwirken wie bei uns. Die Betätigungsfelder sind zahllos, der menschliche als auch berufliche Erfahrungsgewinn für das weitere Leben ist enorm.

Einen Eindruck erhält man, wenn wir zurückblicken auf einige Meilensteine aus den letzten 10 Jahren:

- Mit dem Label «jugendlich und enthusiastisch» gibt es 2003 eine erste Junge Grüne Liste bei den Nationalratswahlen in Luzern.
- Im April 2004 folgt die offizielle Gründung der Jungen Grünen Kanton Luzern und der Einzug in den Grossen Stadtrat (1 Mandat).
- Wir nehmen 2007 und 2011 an den kantonalen Wahlen teil.
- Im November 2011 wird die Initiative «Luzern mit Strom ohne Atom» angenommen, unterliegt aber dem Gegenvorschlag. Die Stadt Luzern wird atomstromfrei.
- Gründung der Jungen Grünen Kriens, Veloinitiative für bessere Veloverbindungen und daraus resultierend 2012 das erste Junge Grüne Mandat in Luzern-Land (Einwohnerrat Kriens).
- Die Flachdachinitiative in der Stadt wird lanciert. Am 5. Oktober 2013 sammeln wir in wenigen Stunden 1000 Unterschriften, nötig sind 800.

Nun sind die Jungen Grünen Kanton Luzern bereit für das grosse Wahljahr, wir verzeichnen immer mehr Aktive und sind in bester Verfassung. Unser Engagement ist das perfekte Mittel gegen die Politikverdrossenheit unserer Generation.



Ihr seid herzlich eingeladen

Dabei werden wir von euch, liebe Grüne, seit Jahren mit grossem Goodwill unterstützt. Dieses gegenseitige Vertrauen kann nicht hoch genug gewertet werden. Gerne laden wir euch ein, gemeinsam dieses Jubiläum zu feiern. Am Samstag, 27. September im Wäsmeli-Träff in Luzern.



Gian Waldvogel
Co Präsident Junge Grüne Luzern
Kriens

natur-farben.ch
kurt unternäher
malerei + farbladen
beratung, ausführung
vermietung, verkauf

tel. 041 260 07 40
schachenstrasse 3, 6020 emmenbrücke

Resultate aus der Mitgliederbefragung im Januar 2014

Die städtischen Mitglieder äussern sich

Im Januar 2014 hatten die städtischen Mitglieder die Möglichkeit sich in einer Mitgliederbefragung zu Aspekten der städtischen Grünen zu äussern. Insgesamt nahmen an der vom städtischen Vorstand initiierten Befragung 51 Personen teil. Geantwortet haben ungefähr gleich viele Frauen wie Männer. Die Gruppe der Teilnehmenden über 50 Jahre war jedoch wesentlich grösser als jene der Jüngeren. Ein grosser Teil der Befragten ist schon seit langer Zeit Mitglied der Grünen oder der Vorgängerorganisationen. Ein Drittel ist in einer aktiven Funktion bei den Grünen tätig und ein weiteres Drittel war früher einmal aktiv.

Hohe Qualität der Parteiarbeit, aber ...

Die Befragten sind sich einig, dass die städtischen Grünen gute Arbeit leisten. Speziell hervorgehoben wird das hohe Niveau der parteiinternen Diskussionskultur. Selbst bei kontroversen Themen (z.B. HAS) wird engagiert, aber vor allem sachlich und fair argumentiert. Weiter positiv aufgefallen ist einigen das starke Engagement für die Zentral- und Hochschulbibliothek.

Wichtig ist den Mitgliedern eine Themensetzung, welche ihren Bedürfnissen entspricht. Dies hat aus der Sicht vieler in den letzten Jahren sehr gut funktioniert. Der Aussage «Die Grünen setzen sich für Themen ein, welche mir wichtig sind» wurde auf einer Skala von 1 (stimme gar nicht zu) bis 6 (stimme voll und ganz zu) mit einem Mittelwert von 5.14 zugestimmt. Etwas weniger optimistisch wird der Einfluss der Grünen auf die städtische Politik eingeschätzt (Mittelwert: 4.33).

... mangelhafte Sichtbarkeit

Die Grünen bearbeiten zwar wichtige Themen und tun dies gut, aus Sicht der Befragten werden diese Leistungen jedoch zu selten in den Medien dargestellt. Der Aussage zur medialen Präsenz der Grünen wurde nur mit einem Mittelwert von 3.57 zugestimmt. Dies wurde in einigen zusätzlichen Kommentaren jedoch auch der real existierenden Medienlandschaft in Luzern zugeschrieben. Einige wünschten sich wieder eine stärkere Fokussierung auf «ur-grüne» Themen. Problematisch bei der dünnen Personaldecke sehen einige die vielen parallel stattfindenden Aktionen (z.B. Unterschriftensammlungen).

Beliebte Veranstaltungen

Viele der Befragten besuchen selten bis nie Veranstaltungen wie offene Vorstandssitzungen, den Grüntee oder das Palaver. Gleichzeitig wünschen sich aber einige mehr soziale Anlässe. Das Palaver erfreut sich bei den Teilnehmenden einer hohen Beliebtheit. Sowohl die Themen der einzelnen Pa-

laver als auch die Organisation und der Rhythmus stossen auf grosse Akzeptanz. Offene Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen dienen vielen als Möglichkeit sich über Themen zu informieren und zum Teil auch die eigene Meinung einzubringen. Sie sollten auch weiterhin in einem ähnlichen Rhythmus stattfinden.

Klassische Themen der Grünen werden als wichtig erachtet

Aus einem Katalog von zwölf Themenfeldern konnten die Befragten jene Themen auswählen, welche für sie die grösste Priorität auf der politischen Agenda besitzen. Die wichtigsten Bereiche sind die klassischen Themen Verkehr, soziale Wohlfahrt und Natur & Umwelt. In der Gewichtung der Themen ergeben sich jedoch klare Unterschiede zwischen den Geschlechtern und zwischen eher aktiven und eher passiven Mitgliedern.

Online-Medien sind nur bei Jungen mehrheitsfähig

Bei der Nutzung von Online-Medien zur Informationsbeschaffung zeigt sich ein sehr deutlicher Altersgraben. Während viele Junge aktiv Online-Medien nutzen und diese allenfalls auch stärker parteiintern für Parolenfassungen und konsultative Abstimmungen verwenden würden zeigen sich die älteren Befragungsteilnehmenden wesentlich skeptischer. Als Vorteil der Online-Medien werden die Schnelligkeit und die Kostengünstigkeit erwähnt. Wesentliche Nachteile sind, dass nicht alle Mitglieder erreicht werden und dass Diskussionen schwieriger möglich sind.

Weitere Informationen

Der gesamte Bericht zur Mitgliederbefragung kann auf der Internetseite der Grünen Luzern (www.gruene-luzern.ch) eingesehen oder auf dem Sekretariat bestellt werden.



Roger Kirchhofer
Grüne
Luzern

Grüne persönlich

Porträt von Francisco Soutullo

Francisco Soutullo gehört zum Vorstand der Grünen der Stadt Luzern. Seine Eltern stammen ursprünglich aus der spanischen Provinz Galicien, er selbst ist aber in Luzern geboren und aufgewachsen und fühlt sich in dieser Stadt auch zu Hause.

Ursprünglich machte er die Ausbildung zum Fotoartikelverkäufer. Seit sieben Jahren arbeitet er als Product Manager der «Steg Electronics AG», die in Luzern ihren Sitz hat. Er begann dort zunächst als einfacher Mitarbeiter und stieg dann durch Fleiss und Einsatz auf. Den für diese Position wichtigen Weiterbildungskurs absolvierte er nach der Beförderung.

Den Grünen hat sich Francisco vor etwa zwei Jahren angeschlossen. Seine Frau Priska, die bei den Grünen schon länger aktiv ist, fragte ihn, ob er Interesse hätte, die Grünen zu unterstützen und er war sofort einverstanden. Von Anfang an sagte er sich: «Wenn ich schon bei den Grünen bin, möchte ich auch aktiv mitreden können». Passivmitglied zu sein kam für ihn nicht in Frage. Da zu jener Zeit im städtischen Vorstand ein personeller Engpass herrschte, konnte er gleich dort einsteigen.

Was Francisco an den Grünen schätzt, ist die Tatsache, dass die Parteimitglieder die Meinungen untereinander, die zum Teil verschieden sein können, respektieren. Ebenfalls positiv ist, dass die Grünen ihre Neumitglieder von Anfang an gleich behandeln wie jemanden, der schon seit mehreren Jahren dabei ist.

Zur Zeit arbeitet Francisco im Grafikteam der Wahlgruppe mit. Als Mitglied des städtischen Vorstands ist es zudem seine Aufgabe, die Anfragen von

möglichen Kandidierenden für die Wahlen zu koordinieren.

Sowohl als Product Manager als auch als Mitglied des städtischen grünen Vorstands schätzt er den Kontakt mit Menschen während der Arbeit.



Francisco erklärt, viele Politiker vertreten heutzutage fast nur noch extreme Positionen. Aber wenn man in der Politik wirklich etwas erreichen möchte, ist der Dialog zwischen den Parteien und das Finden eines gemeinsamen Nenners auf beiden Seiten genauso wichtig. Dafür möchte Francisco sich auch einsetzen, wenn er bei den kommenden Wahlen den Sprung in den Kantonsrat schaffen sollte. In einzelnen

Bereichen ist der Konsens zwischen den Parteien bereits gut gelungen, wie z.B. bei der Initiative zur Rettung der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern: Sehr viele Luzerner Bürger, Mitglieder aller Parteien finden das Gebäude der ZHB erhaltenswert und die Chancen stehen laut Francisco gut, dass die Initiative bei der Abstimmung im September angenommen wird.

Ein literarisches Werk, das Francisco besonders schätzt, ist die Erzählung «Siddharta» von Hermann Hesse, weil das Thema «Selbsterkenntnis» in diesem Text ein roter Faden ist und ihn dazu gebracht hat, über sich selbst nachzudenken.



Fabio Banz
Grüne
Menznau

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

1. Themenanlass: Altersleitbild

In Horw unterwegs mit der L20

Rund 50 Personen besuchten am 16. Mai 2014 den 1. L20 Themenanlass dieses Jahres im Kirchfeld, welcher sich mit der Umsetzung des Horwer Altersleitbildes befasste.

Auf dem Podium ermöglichten Oskar Mathis (L20, Sozialvorsteher), Sabine Schultze (Leiterin Kirchfeld), Marcel Köpfli (Koordinator Aktives Alter Horw) und Therese Haefeli (Vorstand Spitex Horw) dem interessierten Publikum durch ihre verschiedenen Wirkungsfelder eine ganzheitliche Sicht auf das Thema.

Die Diskussion fokussierte die Leitsätze:

- Selbstbestimmung in der aktiven Lebensgestaltung und Entscheidungsfreiheit im Alter
- Autonomie und Wohnen, Wohnen mit Dienstleistungen
- Ambulante und stationäre Betreuungsangebote
- Unterstützung und Finanzierung pflegender Angehöriger

An die Adresse der politischen Entscheidungsgremien wurden folgende Anliegen formuliert:

- Die Gemeinde investiert in Angebote für das Wohnen im Alter und fördert zahlbaren Wohnraum.
- Ausbau der ambulanten Pflege und Betreuung
- Die Angebote der Gemeinde sollen mit Hilfe einer zentralen Informationsdrehscheibe brauchbar kommuniziert und koordiniert werden.



Die engagierten Voten – vor allem auch jene von älteren Teilnehmenden – zeigte, dass Menschen im Alter für eine aktive und eigenverantwortliche Lebensgestaltung auf gute Rahmenbedingungen von Seiten der Gemeinde und ein flexibles Beratungs- und Dienstleistungsangebot angewiesen sind.



Caroline Wiezel
Einwohnerin L20
Horw

2. Themenanlass: Raumplanung

Horw verdichtet – eine Spurensuche

Gut zwei Dutzend Interessierte nahmen am Samstag, dem 14. Juni, die Spuren zur Siedlungsverdichtung in Horw auf.

Die Route führte durch das Riedmattquartier, das durch Bauten der 1950er-Jahre geprägt ist. Diese Bauten bieten zwar sehr günstigen Wohnraum, weisen aber insbesondere im Energiebereich einen hohen Sanierungsbedarf auf. Auch die Umgebungsgestaltung hat mit den Jahren an Qualität verloren, vor allem durch die zahlreichen Parkplätze, die in den letzten Jahren realisiert wurden.

Bereits ist der Druck spürbar, der den Wandel in diesem Quartier herbeiführen wird. Eine höhere Nutzung in diesem zentrumsnahen Quartier ist durchaus wünschbar. Notwendig ist aber grösste Sorgfalt bei der Entwicklung und insbesondere die Zusammenarbeit verschiedener Grundeigentümer.

Damit nicht einfach teuer, sondern massvoll saniert wird und dabei auch deutlicher Gewinn an Lebensqualität erreicht wird, braucht es ein sorgfältiges Vorgehen, wobei die öffentliche Hand eine Führungsfunktion übernehmen muss. Diese nimmt sie beispielsweise in der Zentrumsentwicklung von «Horw Mitte» wahr, wo eine Spezialkommission externer Fachleute die gestalterische Umsetzung des Bebauungsplans begleitet. Diese braucht sehr viel Rückgrat, um gegenüber den fast ausufernden Nutzungsinteressen der Grundeigentümer bestehen zu können. Ein entschiedeneres Einstehen des Gemeinderates für das öffentliche Interesse wäre dabei sehr wünschenswert.



Urs Steiger
Pro Halbinsel
Horw

Entschuldigung

Rundbrief – ab jetzt wieder pünktlich

Vielleicht haben Sie es bemerkt: innerhalb der letzten zwölf Monate sind leider Pannen mit dem Rundbrief passiert – mal lag er erst knapp vor dem Abstimmungstermin in Ihrem Briefkasten und einmal erreichte er Sie gar nicht.

Wir hatten intern einige Probleme was den Rundbrief anbelangt. Zweimal kam er erst knapp vor dem Abstimmungstermin (anstatt drei bis vier Wochen zuvor) und einmal erschien er gar nicht. Das tut uns leid und wir möchten uns bei Ihnen, werte Leserinnen und werte Leser, dafür entschuldigen.

Bei der Analyse der Arbeitsabläufe haben wir erkannt, wo die Problemstellen lagen. Diese haben

wir nun behoben, die Prozesse optimiert und Kontrollmechanismen eingebaut. Ab jetzt klappt es wieder pünktlich mit dem Rundbrief. Und Sie, interessierte Abonentinnen und Abonnenten, können sich immer rechtzeitig vor Abstimmungen und Wahlen über unsere Parolen und weitere grüne Anliegen informieren. Wir freuen uns darauf, Sie weiterhin auf dem Laufenden zu halten.



*Katharina Meile
Co-Präsidentin Grüne Luzern
Luzern*

GRÜNTEE

27. Sept. / 13. Dez.
2014

Nationalrat Louis Scheibert
Kantonsrat Nino Froelicher
informieren aus erster Hand
Contenti Luzern, Gibraltarstrasse 14
Samstagmorgen 10:30-12:00 Uhr

Interesse an Politik? Aus direkter Hand erfahren, was im Bundes- und Kantonsparlament abläuft?
Lust auf Mitarbeit im Parlament oder Inputs zu geben?
Dazu bietet die Veranstaltungsreihe „GrünTEE“ viermal im Jahr Gelegenheit.

Natürlich Bio: Luzern, Meggen, St. Niklausen.



Bio-Metzgerei Moosmatt	Bio-Metzgerei Meggen	Bio-Hofladen Mättwil
Moosmattstr. 17, Luzern	Am Dorfplatz 1, Meggen	St. Niklausen / Luzern
Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30	Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30	Freitag 14-19
Sa 8-16 durchgehend	Sa 8-16 durchgehend	Sa 8-13 durchgehend



Rückblick auf die GV vom 26. Mai 2014

Diskutieren – Neuorganisieren – Politisieren

Sonniger hätte der Tag nicht sein können, als sich knapp 40 Mitglieder der Grünen Luzern zur Generalversammlung 2014 trafen. Treffpunkt war das Kulturzentrum Braui in Hochdorf und erfreulich war dann auch das Highlight der Versammlung: die Wahl des neuen Co-Präsidiums Katharina Meile und Raffael Fischer.



Zum Auftakt gab es erst einmal einen feinen Apéro im Brauturm, der Zeit liess für Begegnungen, Austausch und Diskussionen.

Nach dem Rückblick auf das letzte Jahr, welches von der rekordschnellen Sammlung für die eigene Initiative «Kinder fördern – Eltern stützen, Ergänzungsleistungen für Familien» geprägt war, nahmen die Anwesenden die Rechnung 2013 (mit mehr Einnahmenüberschuss als budgetiert), das Budget 2014 und die Finanzplanung zur Kenntnis.



Danach stellte Monique Frey ihren ehemaligen Vorstandskollegen Raffael Fischer vor und Michael Töngi seine langjährige Fraktionskollegin im Kantonsrat, Katharina Meile. Einstimmig folgten die Mitglieder dem Wahlauftrag des Vorstandes und bekräftigten mit dieser Wahl den jungen, dynamischen Auftritt der Grünen Kanton Luzern. Unter-

strichen wurde dieser durch ihr Antrittsgeschenk: grüne Hosenträger!*



Mit Ruth Bollinger, Simon Meyer und Michael Töngi wurden drei langjährige Mitglieder des kantonalen Vorstands verabschiedet und für ihr grosses Engagement verdankt. Neu im Vorstand sind Raffael Fischer als Co-Präsident, Caroline Wiesel (L20, Horw) sowie die jungen Stadtluzerner Maurus Frey und Fabian Berger. Letzterer wurde als Ersatz für Katharina Hubacher auch als Luzerner Vertretung für den nationalen Vorstand gewählt (neben dem bisherigen Raffael Fischer).

Als eidg. Delegierte wurden folgende Personen neu gewählt oder bestätigt: Andreas Hofer, Peter Lerch, Katharina Meile, Heidi Rebsamen, Patrick Schaller, Christof Studhalter und Irina Studhalter. Ersatzdelegierte sind Ruth Bollinger, Eveline Felder, Raffael Fischer, Monique Frey, Katharina Hubacher und Gian Waldvogel. Wir danken allen Aktiven für das geleistete und/oder bevorstehende Engagement.



Nach den Wahlen präsentierten Katharina Meile und Raffael Fischer die inhaltlichen Schwerpunkte im kommenden Jahr: die Wahlen 2015, die kantonale Finanzpolitik, unsere eventuell schon bald

zur Abstimmung kommende Initiative für Familien-Ergänzungsleistungen sowie der fortgesetzte Einsatz für eine grüne(re) Wirtschaft.



Nationalrat Louis Schelbert stellte die neu lancierte nationale Volksinitiative für fair produzierte Lebensmittel vor (Fair-Food-Initiative). Diese verlangt eine nachhaltige und transparente Produktion aller Lebensmittel, artgerechte Tierhaltung, faire Arbeitsbedingungen und die Verringerung der Lebensmittelverschwendung. Ihre Hauptforderung ist, dass importierte Nahrungs- und Futtermittel ebenbürtige Qualitätskriterien erfüllen müssen wie im Inland produzierte.



Zum Abschluss gab es vom neuen Co-Präsidium für alle Anwesenden ein grünes Powergeschenk, das die Energie dieses Abends weiter tragen wird!



Edith Lanfranconi
GL Vorstand Grüne
Luzern

*) Mehr zu den beiden Neugewählten könnt Ihr im Rundbrief 2/14 nachlesen.

ab 28. August
FINDING VIVIAN MAIER

von John Maloof
& Charlie Siskel

ab 4. September
DIE GELIEBTEN SCHWESTERN

von Dominik Graf

stattkino

ab 11. September
**SERVICE
INBEGRIFFE**

von Eric Bergkraut

ab So 7. September
**PAUL KLEE –
Im Licht von Kairouan**

von Bernt Engelmann

ab So 14. September
**DIE ANDERE HEIMAT –
CHRONIK EINER SEHNSUCHT**

von Edgar Reitz

ab 18. September
THE WAY HE LOOKS

von Daniel Ribeiro

ab 25. September
**EVERYDAY
REBELLION**

von Riahi Brothers

ab 2. Oktober
**DAS GROSSE
MUSEUM**

von Johannes Holzhausen

ab 9. Oktober
LE DÉMENTÈLEMENT

von Sébastien Pilote

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm

www.stattkino.ch

ab 16. Oktober
CLASS ENEMY

von Rok Bicek

ab 23. Oktober
MY NAME IS SALT

von Farida Pacha

stattkino

im Bourbaki Panorama Luzern
Reservationen 041 410 30 60

Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

Adligenswil

Franziska Hufschmid
franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Andreas Feller
andreas.feller@gruene-luzern.ch.

Emmen

Monique Frey
monique.frey@gruene-luzern.ch

Horw

Caroline Wiezel
caroline.wiezel@gruene-luzern.ch

Kriens

Erich Tschümperlin
erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

Luzern

Marco Müller
marco.mueller@gruene-luzern.ch

Meggen

Ursa Sigrist
ursa.sigrist@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Junge Grüne

Raoul Niederberger
rniederberger@gmx.ch

Parolen zu den Abstimmungen vom 28. 9. 2014

Vorlagen auf Bundesebene:

Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»

Nein

Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

JA

Vorlage Stadt Luzern:

Initiative zur Rettung der ZHB Luzern (Zentral- und Hochschulbibliothek)

JA

Alle Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.

Impressum

Herausgeber/Inserateverkauf: Grüne Luzern,
Brüggligasse 9, Postfach 7359, 6000 Luzern 7,
Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch,
sekretariat@gruene-luzern.ch, PC 60-16103-5
Redaktion: Andreas Kappeler, Korrektorat: Raffael
Fischer, Fotos: Sabina Oehinger, Tatjana Erpen
Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng,
Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10,

thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch
Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadt-
strasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70,
Fax 041 362 22 37, info@gegendruck.ch

Erscheint 4x im Jahr, Auflage 1300 Exemplare;
Abonnement: ein Jahr Fr. 30.-, Unterstützungs-
abo: ein Jahr Fr. 60.-

Agenda

September

Di 9.9. 19.00
 So 14.9.
 Mo 15.9. 19.00
 Sa 27.9. 10.30
 So 28.9.

Städtische Vorstandssitzung, Sekretariat Grüne Luzern
Einsendeschluss Wettbewerb Grüne Wirtschaft, (siehe Website ->)
Kantonale Vorstandssitzung, Sekretariat Grüne Luzern
Grüntee, Contenti, Gibraltarstrasse 14, Luzern
Abstimmungssonntag



Oktober

Mo 6.10. 19.00
 Mo 6.10.
 Mo 13.10. 19.00
 Sa 18.10.
 Mo 20.10. 19.00

Städtische Vorstandssitzung, Sekretariat Grüne Luzern
Redaktionsschluss Rundbrief 4/14
Kantonale Vorstandssitzung, Sekretariat Grüne Luzern
Delegiertenversammlung Grüne Schweiz, Tessin
Städtische Vorstandssitzung, Sekretariat Grüne Luzern

November

Mo 3.11. 19.00
 Mo 10.11. 18.00
 Di 18.11. 19.00
 Mo 24.11. 19.00
 So 30.11.

Kantonale Vorstandssitzung, Sekretariat Grüne Luzern
Palaver, Jugendbüro Ämme, Gerliswilstrasse 64, Emmenbrücke
Städtische Vorstandssitzung, Sekretariat Grüne Luzern
Kantonale Vorstandssitzung, Sekretariat Grüne Luzern
Abstimmungssonntag

Immer aktuell ist der Terminkalender der Grünen auf www.gruene-luzern.ch.



